

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (1992)

Heft: 3

Rubrik: Energieszene Schweiz

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

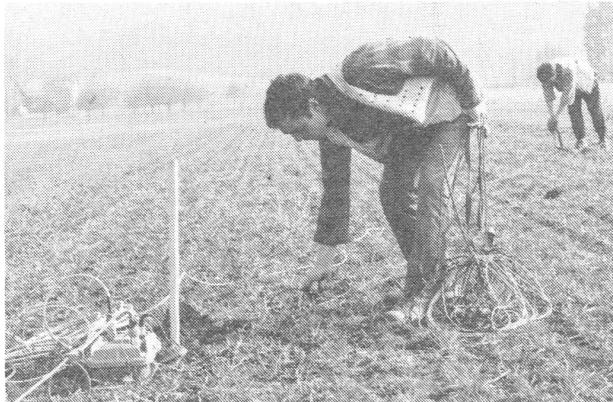
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Faule Tricks der Nagra

Die Nagra hat sich auf ein politisch hochbrisantes Spiel eingelassen: Sie täuscht die Schweizer Bevölkerung, indem sie vorgibt, alle vier Standorte für ein Endlager für radioaktive Abfälle gleichwertig abzuklären. Misslingt der Bluff, droht der Schweiz ein energiepolitisches Desaster.



Nagra-Leute vermessen geologische Schichten mit Reflexionsseismik: Beweis für Endlagerung radioaktiver Abfälle schuldig

Seit 20 Jahren ist die nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) auf der Suche nach Standorten für mögliche Endlager. Rund 500 Millionen Franken sind bis jetzt investiert worden. Ein realisierbares Projekt für schwach und mittelaktive Abfälle (SMA) liegt bis heute noch nicht auf dem Tisch. Nun wird der Geldgeber, die Energiewirtschaft, langsam nervös. Gelingt nicht bald wenigstens der Beweis, dass schwach aktive Abfälle in unserem Land entsorgt werden können, dann ist die Zukunft der Schweizer Kernenergie ernsthaft gefährdet.

Die bedrängte Nagra hat inzwischen versprochen, bis 1993 einen Standort vorzuschlagen. Dabei bringt sie sich selbst in die Zwickmühle. Vom Bundesrat ist ihr die Auflage gemacht worden, vier Standorte mit "möglichst vergleichbaren geologischen Aussagen" abzuklären..

Zwei der vier Standorte sind bereits abgeklärt worden: der Oberbauenstock (UR) und der Piz Pian Grand (GR). Beim Oberbauenstock gibt es jedoch Probleme mit dem Wirtgestein, am Piz Pian Grand mit der Lo-

gistik. Es bleiben somit der Wellenberg bei Wolfenschissen und der Bois de la Glaive bei Ollon.

Die Forschungsarbeiten am Wellenberg sind mit grossem Aufwand vorangetrieben worden. Allein im letzten Jahr wurden laut Nagra-Geschäftsbericht 24,9 Millionen Franken investiert. In Ollon hingegen wurden die Geologen von der Bevölkerung mit Erfolg an ihrer Arbeit gehindert.

Einen geologischen Gleichstand zwischen Wellenberg und Bois de la Glaive zu erreichen, ist inzwischen unmöglich geworden. "Dazu bräuchten wir Seismik und eine bis zwei Tiefbohrungen", bestätigt der Nagra-Geologe Pascal Vinard. Das ist bis 1992 nicht zu schaffen".

Doch dies leugnet die Nagra. In einem Communiqué vom 29. Juni 1992 wird behauptet, dass man den Auflagen des Bundesrates "nachkommen konnte". Damit steht die Nagra im Regen, und die Nidwaldner Regierung, den Bundesrat und die Energiewirtschaft erwartet der politische GAU.

Cash 7.8.92

Weniger Aufträge

Firmen aus der Region Basel, die Anlagen für erneuerbare Energien herstellen, erhalten weniger Aufträge. Vor allem die Kantone wollen lieber Ener-

gie sparen, als in Solaranlagen investieren. Auch der Verkauf von Elektromobilen stagniert. Weil alle auf das Swatch-Mobil warten? Szeneninsider halten jedoch nicht viel von ihm.

BAZ 23.7.92

Benzin teurer, Diesel billiger?

Die in der Erdölvereinigung zusammengeschlossenen Mineralölhändler treten für eine Preisdifferenzierung bei den Treibstoffzöllen ein. Eine stärkere Belastung des Benzins beispielsweise um fünf Rappen würde den Dieseltreibstoff um 23 Rappen verbilligen. Eine Massnahme, die dem Umweltschutz und den Kassen der Tankwarte dient, da Diesel heute oft im billigeren Ausland getankt wird.

TA 10.6.92

Gas dritt wichtigste Energie

Die Swissgas Schweizerische Aktiengesellschaft hat während ihrer 20jährigen Tätigkeit erreicht, dass der Anteil von Erdgas von weniger als einem Prozent im Jahre 1971 auf fast zehn Prozent im Jahre 1991 gestiegen ist. Die Schweizer Gaswirtschaft will jährlich um drei bis vier Prozent weiter wachsen, bis sie anno 2010 einen Gesamtenergieanteil von 20 Prozent hat. Allerdings werde der Bau von Gasleitungen immer schwieriger. Gegen eine Gasleitung seien über 100 Einsprachen eingegangen, sagte Eduard Kiener, Direktor der Bundesamtes für Energiewirtschaft.

NZZ 1.7.92

15 000 Einsprachen gegen Beznau II

15 000 UmweltschützerInnen aus der Schweiz, Österreich und Deutschland wehren sich mit ihrer Unterschrift gegen eine definitive Betriebsbewilligung für die völlig veraltete Anlage in Beznau, die die Nordostschweizerische Kraftwerk AG (NOK) vom Bund bekommen will.

DAZ 29.4.92

Empfehlungen an die Schweiz

Die Internationale Energieagentur IEA hat in einer Analyse über die schweizerische Energiepolitik festgestellt, dass ohne eine Änderung der bestehenden Steuern die offiziell bis zum Jahr 2000 angestrebte Drosselung des Stromverbrauchs und des Konsums fossiler Brennstoffe kaum zu erreichen sein wird. Im Mittelpunkt

der Analyse stand das bundesrätliche Aktionsprogramm Energie 2000. Wie der Bericht unterstreicht, droht der Schweiz unter Umständen zu Beginn des nächsten Jahrtausends ein Engpass bei der Stromversorgung, sofern das gegenwärtige Wachstum des Elektrizitätskonsums anhält. Deshalb empfiehlt die Pariser Behörde der Schweiz, noch grössere Anstrengungen zu unternehmen, um das anvisierte Ziel zu erreichen. Nach Ansicht der IEA ist es zu diesem Zwecke unerlässlich, die Besteuerung der Energieträger in der Schweiz voranzutreiben. Mit Besorgnis weist die Behörde auf den langsam politischen Entscheidungsprozess und die fehlende Steuerharmonisierung zwischen den Kantonen hin.

NZZ 5.4.92

Singles brauchen mehr Strom

Ein Single verbraucht doppelt so viel Strom wie ein Mitglied in einer vierköpfigen Familie. Während 1930 blass acht von hundert Haushalten von einer einzigen Person bevölkert war, zählte man 1980 bereits 30 Prozent Einpersonenhaushalte. Diese Entwicklung hat natürliche Konsequenzen für den Stromverbrauch.

VSE 16.6.92

Nicht genug Sonnenenergie

Die Verkaufszahlen von Sonnenkollektoren und Solarzellen haben im letzten Jahr zwar weiter zugenommen, sind aber im Vergleich zu den Zielen von Energie 2000 immer noch klein. Im vergangenen Jahr wurden gemäss einer Erhebung des Sonnenenergie-Fachverbands Schweiz (Sofas) 37 Prozent mehr Sonnenkollektoren für Warmwasser und 23 Prozent mehr Solarzellen zur Stromerzeugung montiert. Trotz Wachstum seien die zahlen im Vergleich zu den Zielen von Energie 2000 um Grössenordnungen zu klein. Erst verbesserte Rahmenbedingungen und verstärktes Engagement öffentlicher und privater Investoren könnten die bundesrätlichen Vorgaben (0,5 Prozent Strom, drei Prozent Wärme) in Sichtweite bringen.

NZZ 30.7.92

Radioaktives Material im Umlauf

Vier Männer aus Polen wollten kürzlich angeblich Osmium 187 an der Eidgenössischen Materialprüfungsanstalt EMPA in Dübendorf untersuchen lassen. Osmium 187 ist stabil und wird in der Nuklearmedizin eingesetzt. Die zwei Gramm des Pulvers erwiesen sich aber als das gefährliche Cäsium 137. Einer der Männer wies auf der Brust einen roten Fleck auf - Zeichen einer massiven Strahleneinwirkung. Auch ein EMPA-Mitarbeiter blieb von der hohen Strahlendosis nicht verschont, als er das Material entgegennahm und mehrere Minuten in Händen hielt. Angeblich haben die Polen das Material aus Vilnius in Litauen zur Untersuchung in die Schweiz gebracht. Fachleute befürchten, dass vermehrt radioaktive Substanzen aus dem ehemaligen Ostblock im Westen auftauchen könnten. Die Bundesanwaltschaft bittet die Bevölkerung, "keine unbekannten Substanzen entgegenzunehmen und bei einem entsprechenden Angebot den nächsten Polizei posten zu informieren".

TA 2.9.92

Beznau stillegen

Selbst das berüchtigte bulgarische Atomkraftwerk Kosloduj soll mit einer besseren Notstromversorgung ausgestattet sein, als das schweizerische AKW Beznau. Die Sicherheitsdefizite in Beznau seien so gross, dass eine Nachrüstung nicht möglich und die Stilllegung der Anlage notwendig sei. Zu diesem Schluss kommen Experten des Ökoinstituts Darmstadt, die im Auftrag von Greenpeace und anderen Umweltorganisationen darunter der SES die Sicherheit von Beznau II untersucht haben. Anlass dazu bot das Gesuch der Nordostschweizerischen Kraftwerke AG NOK beim Bund für die Erteilung einer unbefristeten Betriebsbewilligung für Beznau II.

TA 13.5.92

Energie-Sparpolitik in Gefahr?

Der Nationalrat ist bereit, mit dem EWR das Energiericht der EG zu übernehmen. Mit 103:9 stimmte der Rat der entspre-

chenden Eurolexvorlage zu. Umweltschützer weisen aber darauf hin, dass Verbrauchsvorschriften, die einen wichtigen Pfeiler in der schweizerischen Energiesparpolitik darstellen, im EWR als Handelshemmnis verboten werden. Die Schweiz könnte demnach nicht mehr nach eigenem Gutdünken Verbrauchslimiten für Autos, elektrische Geräte und für Anlagen erlassen. Hingegen stehe es den EWR-Staaten weitgehend im eigenen Ermessen zu, Lenkungsabgaben einzuführen, antwortet der Bundesrat auf 32 Fragen von Umweltschutzorganisationen. Mit diesem Instrument könne der Energieverbrauch auch stark gesenkt werden. Das EG-Mitglied Dänemark hat zum Beispiel per 15. Mai 1992 im Alleeingang eine CO2-Abgabe eingeführt. Weil die Schweiz Verbrauchsvorschriften im EWR kaum noch einführen kann, sieht sich Theresa Herzog, die Europa-Koordinatorin verschiedener Umweltorganisationen bestätigt, "dass eine eigenständige Weiterentwicklung des schweizerischen Umweltschutzes im EWR kaum mehr möglich sei.

TA 21.8.92/TA 28.8.92

Schweiz hält CO2-Rekord

Schweizerinnen und Schweizer stehen bei der Prokopfemission von Treibhausgasen europaweit an der Spitze. Erstmals sind in einer Studie von Greenpeace neben Kohlendioxid (CO2) auch andere Treibhausgase mitberücksichtigt worden. Auch die von der Schweiz durch Importe aus dem Ausland indirekt verursachten Treibhausgasproduktion wurde mitgerechnet (graue Energie). So liege beispielsweise der Prokopf-Ausschluss von CO2 in der Schweiz bei 11 Tonnen was den westeuropäischen Durchschnitt von neun Tonnen klar übersteigt. Greenpeace fordert den Bundesrat auf, bis 2005 den schweizerischen CO2-Ausschluss um 30 Prozent zu reduzieren. Das Ziel kann nur erreicht werden, wenn sofort eine Energiesteuer eingeführt wird, damit der verschwenderische Verbrauch der Energie zurückgeht.

DAZ 21.7.92

Kritik am Zwischenlager Würenlingen

Vertreter von schweizerischen und deutschen Umweltorganisationen haben massive Kritik am geplanten Zwischenlager für radioaktive Abfälle im aargauischen Würenlingen geübt. Die Zwischenlagerung von radioaktiven Abfällen an der Oberfläche berge während der vorgesehenen Betriebszeit von rund 70 Jahren Gefahren, gegen die das Würenlinger Projekt keinen Schutz biete, erklärte Leo Schärer, Mitglied des Stiftungsrates der Schweizerischen Energie-Stiftung SES und des Ausschusses der Aktion Beznau stilllegen. So beispielsweise gegen Flugzeugabstürze, obwohl der Standort im weiteren Bereich des Flughafen Kloten liege. Die SES verneint den Bedarf für einen zusätzlichen Nuklearstandort. Die Zwischenlagerung soll nicht zentral in Würenlingen, sondern dezentral an den vier bisherigen AKW-Standorten erfolgen.

TA 19.8.92

Teurerer Strom für ZürcherInnen

Bis heute zahlen Zürichs Haushalte für den gleichen Strom, den auch gewerbliche Kleinbetreiber wie etwa kleinere Büros, Handwerksbetriebe oder Restaurants beziehen, deutlich weniger. Diese Subventionierung des Haushaltsstroms sei nicht zulässig, befand der Zürcher Stadtrat Anfang Jahr und beantragte dem Gemeindeparkt, den speziellen Tarif für Haushalte aufzuheben. Willkommener Nebeneffekt: 6.7 Millionen Franken für die leere Zürcher Stadtkasse. Nun hat die gemeinderätliche Kommission den Antrag des Stadtrates abgeändert und schlägt vor, den Haushalttarif beizubehalten, aber so zu erhöhen, dass er kostendeckend wird. Wenn der Gemeinderat zustimmt, werden durch die Anpassung rund 6,7 Millionen Franken in die Stadtkasse fliessen. Dabei wird der Aufschlag für rund 70 Prozent der Haushaltungen weniger als 42 Franken im Jahr oder weniger als 3.50 Franken im Monat betragen.

TA 22.8.1992

Bund sieht grosses Energie-Sparpotential

Nach Ansicht des Bundesrates kann ohne Komforteinbusse noch sehr viel Energie gespart werden. Die rationelle Energienutzung bildet deshalb einen klaren Schwerpunkt im Konzept der Energieforschung des Bundes für die Jahre 1992 bis 1995. Insgesamt sollen die Mittel der öffentlichen Energieforschung von heute 200 auf rund 235 Millionen Franken im Jahr erhöht werden, wobei erstmals auch Gelder für Pilot- und Demonstrationsanlagen eingeplant sind.

Um die Entwicklung von Verfahren und Anlagen für die rationelle Energienutzung zu fördern, sieht das vom Bundesrat gutgeheissene Konzept ein jährliches Engagement von 50 Millionen (Richtwert für 1995) vor, gegenüber 15,3 Millionen in Jahr 1989. Zur Hälfte sollen diese Mittel im Gebäudebereich eingesetzt werden, zu je 20 Prozent in den Bereichen Verkehr und Anlagen (Wärmepumpen) und zu 10 Prozent in Industrie und Gewerbe.

Jährlich 16 statt knapp 10 Millionen Franken wie bisher sind für die verstärkte Erforschung der Verbrennungsvorgänge bei fossilen Energien bestimmt. Hauptziel ist es, die Umweltbelastung zu verringern und die Wirkungsgrade zu erhöhen. Bei den erneuerbaren Energien ist eine Steigerung von knapp 30 auf 47 Millionen geplant. Im Vordergrund stehen interessante Gebiete wie die Solarwärme, die Photovoltaik, die Solarchemie und die Biomasse. Die Forschungsmittel haben seit 1984 um 20 Prozent abgenommen und bleiben mit 38 Millionen Franken stabil.

TA 14.5.1992

Durchlöcherung des AKW-Moratoriums

Das Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke (NWA) wirft dem Bund vor, das AKW-Moratorium zu durchlöchern. Mit markanten Leistungserhöhungen wie im AKW Gösgen, werde seit geheimer Zeit geltendes Recht verletzt. Das Komitee verlangt vom Bundesrat, auf alle Leistungserhöhungen seit dem Inkrafttreten des Moratoriums zu verzichten.

NZZ 29.8.92